

15.11.2012

(Die Bestätigung der Niederschrift erfolgt in der
39. Sitzung des Stadtrates am 12.12.2012.)

Niederschrift

über die 38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Jena am 14.11.2012, Rathaus, Markt 1

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Öffentlicher Teil

(Beginn: 17:30 Uhr)

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Hemberger eröffnet die 38. Sitzung des Stadtrates - öffentlicher Teil - und nimmt die Begrüßung vor.

Die Sitzungsleiterin stellt die augenscheinliche Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Die Sitzungsleiterin erteilt dem Oberbürgermeister das Wort.

Der Oberbürgermeister gratuliert Herrn Schenker zu seinem 65. Geburtstag und überreicht ihm Blumen. Der Oberbürgermeister würdigt die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Herrn Schenker, die sich in der Stadtpolitik als wesentlicher Stabilitätsfaktor darstellt.

Die Sitzungsleiterin schließt sich den Glückwünschen im Namen des Stadtrates an.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass im nicht öffentlichen Teil der Sitzung eine Vorlage zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Franz-Ferdinand von Falkenhausen mit übergroßer Mehrheit und ohne Gegenstimme bestätigt wurde. Der Hauptausschuss hat einstimmig den durch Persönlichkeiten der Stadt eingereichten Vorschlag zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde unterstützt. Herr Dr. Franz-Ferdinand von Falkenhausen erhält die Ehrung für sein Engagement für die Stadt, sowohl im Bereich des Unternehmens Carl Zeiss als auch für sein Engagement im Kirchbauverein.

Die Sitzungsleiterin teilt zur Tagesordnung mit, dass zu den Vorlagen im TOP 18 und TOP 19 Frau Seise und Herr Michel als Miteinreicher zu ergänzen sind.

Die Sitzungsleiterin fragt nach weiteren Ergänzungen oder Veränderungen zur Tagesordnung.

Herr Dr. Vogel **beantragt** angesichts der vielen Gäste zu dem Thema "Band-Probenräume", den TOP 20 und TOP 21 in der Tagesordnung nach vorn zu nehmen und nach TOP 11 einzuordnen.

Der Antrag, den TOP 20 und TOP 21 nach TOP 11 in der Tagesordnung einzuordnen, wird mehrheitlich **bestätigt**.

Frau Langhammer **beantragt**, den TOP 25 zur Änderung der Haustarife des Jenaer Nahverkehrs von der Tagesordnung zu nehmen, da zu diesem Thema aus der Sicht

des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und des Stadtentwicklungsausschusses noch Beratungsbedarf besteht.

Der Antrag, den TOP 25 von der Tagesordnung zu nehmen, wird mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Michel **beantragt**, den TOP 20 und TOP 21 gemeinsam zu beraten, da sie den gleichen Inhalt betreffen.

Der Antrag, den TOP 20 und TOP 21 gemeinsam zu beraten und getrennt abzustimmen, wird mehrheitlich **bestätigt**.

Die Tagesordnung mit den Veränderungen wird **bestätigt**.

TOP 5 Freiraumplanerischer Wettbewerb Ernst-Abbe-Platz: Preisverleihung

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass es den Wunsch der Eigentümer des Ernst-Abbe-Platzes gibt, diesen Platz nach 20 Jahren neu zu gestalten. Dafür hat es einen einstufigen nicht offenen freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb gegeben. Der Oberbürgermeister beschreibt ausführlich den zeitlichen und inhaltlichen Prozess nach der Auslobung im Mai 2012.

Der Oberbürgermeister nimmt anschließend die Preisverleihung vor, überreicht die Urkunden und Blumen an die ersten drei Preisträger.

Die Preise werden überreicht für den Siegerentwurf an Frau Rita Mettler von Mettler Landschaftsarchitektur in Berlin, an die Preisträger auf Platz 2 Frau Ursula Hochrein und Herrn Axel Lohrer von Lora Hochrein Landschaftsarchitekten München und an den Preisträger auf Platz 3 Herrn Alexander Mellier von Man Made Land Berlin.

Der Oberbürgermeister informiert über die vergebenen Preisgelder und die Anerkennungen für weitere Entwürfe.

TOP 6 Bestätigung der Niederschrift über die Fortsetzung der 36. Sitzung des Stadtrates am 19.09.2012- öffentlicher Teil -

Die o.g. Niederschrift wird **bestätigt**.

TOP 7 Bestätigung der Niederschrift über die 37. Sitzung des Stadtrates am 10.10.2012- öffentlicher Teil -

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass auf Seite 1, letzte Zeile sich ein Schreibfehler eingeschlichen hat. Es muss richtig heißen: „Der Antrag, den **TOP 11** von der Tagesordnung zu nehmen ...“

Sie teilt weiter mit, dass Herr Taeger um folgende Änderungen/Präzisierungen in seinem Redebeitrag bittet:

Im TOP 13, S. 16 soll ergänzt werden:

„... Er erklärt weiter, dass bei **einer möglicherweise beabsichtigten Berücksichtigung des tatsächlichen Gewerbesteuerhebesatzes im KFA** die Stadt eine grundfalsche Entscheidung getroffen hätte, ...“

„... Er erläutert, dass stille Reserven **mit Buchwert keinen Beitrag zu einer Haushaltskonsolidierung leisten können. Wer das wolle – die FDP wolle das nicht, müsse diese durch Verkauf realisieren.** Für Investitionen wie im Schulnetzplan ...“

Die o.g. Niederschrift mit den Veränderungen wird **bestätigt**.

TOP 8 Bürgerfragestunde

1. Bürgeranfrage Herr Gesang zu Querungshilfen an (Grund)Schulen der Stadt Jena

Herr Jauch erläutert, dass die Entscheidung über Querungshilfen eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis innerhalb der Verwaltung darstellt. Es ist ein sehr behördlicher und restriktiver Prozess. Politische Gremien oder Wahlbeamte sind daran nicht beteiligt. Herr Jauch weist den Vorwurf zurück, die Verwaltung würde Verkehrssicherheitsaspekte für die Schüler nicht berücksichtigen. Er weist auf die Rechtsgrundlagen für die Schaffung von Querungshilfen hin. Er nennt das Straßenverkehrsgesetz, die Straßenverkehrsordnung und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften, die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, die RAST 06, die Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen, die RFGÜ 2001 oder die Richtlinie für Lichtsignalanlagen, RILSA.

Herr Jauch sagt die schriftliche Zuarbeit für die Entscheidung für den nachgefragten Standort zu.

Herr Gesang fragt nach, ob er auch die statistischen Ergebnisse von den anderen Schulen, die eine Querungshilfe erhalten haben, bekommen kann.

Herr Jauch sagt zu, die Informationen, die zu den Entscheidungen an den anderen Standorten führten, schriftlich zuzuleiten.

2. Bürgeranfrage Herr Ternette zum Maßnahmekonzept für die Berggesellschaften

3. Bürgeranfrage Herr Ratzenberger zur Bewirtschaftung der kommunalen Flächen durch die Berggesellschaften

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Herr Jauch bestätigt, dass die Leistungen der ÜAG zur Pflege von Wanderwegen oder zum Erhalt der Landschaft auf den Bergen allmählich wegfallen. Diese Leistungen erfolgten nicht unentgeltlich, sondern aus anderen Finanzierungsquellen als dem Haushalt der Stadt. Herr Jauch äußert, dass intensiv geprüft werden muss, in welchem Umfang die Stadt die Pflege und den Erhalt der Wanderwege weiter betreiben kann. Das Finanzierungsvolumen im Haushalt wird anders sein als früher. Die Finanzierungsgrundlage für den für diese Aufgaben verantwortlichen Eigenbetrieb KSJ muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Herr Jauch nennt ein Gesamtvolumen von 500.000 €, das in den Haushalt eingestellt werden muss. Der Umfang der Mittel für die Berggesellschaften wird noch differenziert werden. Herr Jauch weist darauf hin, dass auch die Härdrich-Stiftung die Berggesellschaften finanziell unterstützt, auch wenn diese Mittel für die Aufgaben nicht ausreichen. Herr Jauch dankt den Mitgliedern der Berggesellschaften für ihr ehrenamtliches Engagement zur Erhaltung der Qualität der Wanderwege auf den Jenaer Bergen. Er fasst zusammen, dass die Stadt Konzepte entwickelt, um die wegfallenden Leistungen der ÜAG zu kompensieren. Es ist zu überlegen, ob der Umfang der Leistungen reduziert werden muss, denn die Leistungen wurden nicht aus Haushaltsmitteln finanziert.

Herr Ratzenberger fragt nach einem kompetenten Ansprechpartner beim Eigenbetrieb KSJ für die Berggesellschaften.

Herr Jauch äußert, dass Herr Feige, den Namen eines Ansprechpartners vermitteln wird.

TOP 9 Fragestunde

1. Anfrage Frau Wackernagel zum Internetauftritt der Licht-Stadt Jena gegen Sport-Stadt Jena

(Anfrage aus der 37. Sitzung)

Der Oberbürgermeister weist die von Frau Wackernagel vorgetragene Kritik am überarbeiteten Internetauftritt der Stadt zurück. Er spricht an, dass die Benutzerfreundlichkeit des alten Internetauftritts der Stadt nicht optimal war. Auch in Abstimmung mit den Ausschüssen des Stadtrates wurde die Erneuerung des Internet-Auftrittes vorgenommen. Der neue Internet-Auftritt der Stadt ist überzeugend und benutzerfreundlicher. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die überarbeitungswürdigen Inhalte nicht wieder übernommen wurden, sondern die einzelnen Bereiche ihre Seiten überarbeiten und aktualisieren müssen. Für die Darstellung im Bereich Sport sind die für Sport Verantwortlichen zuständig. Der Oberbürgermeister berichtet von Gesprächen zum Thema „Präsentation des Sports und der Sportstätten auf jena.de“, an denen Vertreter der Sportverwaltung im Dezernat 4 und von KIJ sowie die Internet-Verantwortlichen aus dem Bereich des Oberbürgermeisters teilnahmen. Im Ergebnis wurde festgelegt, dass bezüglich der Sportstätten und Sportvereine weitere Zuarbeiten erfolgen. An der Umsetzung wird gearbeitet. Es ist das Ziel, noch im November 2012 die überarbeiteten Seiten frei zu schalten.

2. Anfrage Herr Gebhardt zu „Mobiles Bürgeramt“

(Anfrage aus der 37. Sitzung)

Herr Jauch stellt zunächst richtig, dass es kein reguläres mit Finanzmitteln untersetztes Projekt für ein mobiles Bürgeramt gab. Es befindet sich lediglich in der Projektphase. Es gab Umbaumaßnahmen im Bürgerservice und vorübergehenden Umzug an einen anderen Standort. Herr Jauch hebt hervor, dass das Projekt der internetgestützten Bestellung von Terminen im Bürgerservice prioritär verfolgt wurde. Dieses System ist ein Erfolgsmodell. Die Verwaltung arbeitet an einem Projekt eines mobilen Arbeitsplatzes, ist in Verhandlung mit verschiedenen Trägern und auf der Suche nach Standorten. Über das Terminbestellsystem wird versucht, die Idee eines mobilen Arbeitsplatzes umzusetzen. Zusätzliche Mittel sind dafür im Haushalt nicht vorgesehen.

Herr Gebhardt fragt nach, wann mit einem mobilen Bürgerbüro in Jena gerechnet werden kann.

Herr Jauch antwortet, dass im nächsten Jahr die ersten Eröffnungen stattfinden können.

Frau Flämmich-Winckler fragt nach, ob das bisher geschlossene vorhandene Bürgerbüro wieder eröffnet wird, wenn die neuen mobilen Bürgerbüros eingeweiht werden.

Herr Jauch antwortet, dass gerade in Lobeda die Einweihung eines mobilen Standortes geprüft wird. Es steht noch nicht fest, ob das an dem alten Standort sein wird.

3. Anfrage Frau Dr. Jonscher zum Schutz der in Jena wachsenden Kastanien

(Anfrage aus der 37. Sitzung)

Herr Jauch sagt zunächst die Übermittlung der schriftlichen Antwort zu. Er teilt mit, dass die Stadt für die durch sie zu betreuenden Flächen das Laub der Kastanien zügig und gewissenhaft entsorgt. Nicht alle Kastanien stehen jedoch auf städtischen Flächen. Das Laub von Kastanien auf städtischem Grund und Boden wird schnell beräumt und auch

die Bebuschung entfernt, die das Beräumen erschwert. Die Besprühung mit Insektiziden wird aus ökologischen, gesundheitlichen und finanziellen Gründen ausgeschlossen.

Herr Schieck fragt nach, wie viele Bäume seit seiner Anfrage zu diesem Thema im Jahr 2004 an der Miniermotte zusätzlich erkrankt sind.

Herr Jauch sagt die schriftliche Information zu.

4. Anfrage Herr Dr. Bartsch zur Versetzung der Tempo-50-Schilder (Anfrage aus der 37. Sitzung)

Herr Jauch teilt mit, dass an dem konkreten Standort in der Stadtrodaer Straße im 1. Halbjahr 2012 bereits sechs Auffahrunfälle zu verzeichnen sind. Nach den Richtlinien für die Entscheidung besteht eine Unfallhäufung und ein so genannter Unfallschwerpunkt, wenn fünf Verkehrsunfälle gleichen Typs vorliegen. Es sind dann Maßnahmen wie eine Geschwindigkeitsbegrenzung angezeigt und werden von der Verkehrsbehörde angeordnet. Herr Jauch teilt mit, dass stadtauswärts auf der Stadtrodaer Straße keine Informationen von der Polizei vorliegen. Er sagt eine schriftliche Beantwortung dazu zu.

Herr Wiese spricht die Häufigkeitszahlen zu den Unfällen an. Er äußert, dass die Pressesprecherin der Polizei andere Zahlen zur Stadtrodaer Straße nannte. Sie informierte, dass es stadtauswärts keine Unfälle gab und im 1. Halbjahr stadteinwärts zwei Auffahrunfälle aufgrund von Unachtsamkeit und wegen Fahrradfahrern. Herr Wiese fragt nach, woher Herr Jauch seine Zahlen hat.

Herr Jauch sagt zu, die unterschiedlichen Informationen aufzuklären.

5. Anfrage Frau Dr. Lukin zu Bauanträgen im Bereich Isserstedt (Anfrage aus der 37. Sitzung)

Frau Flämmich-Winckler trägt die Anfrage vor.

Herr Jauch teilt mit, dass eine ausführliche Beantwortung der Anfrage vorliegt, die er schriftlich weitergeben wird. Er nennt als Fazit, dass das Problem erkannt ist und in Würdigung der in der Frage genannten Entwicklung beabsichtigt ist, das Planverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Wohn- und Freizeitpark Unter dem Krippendorfer Weg rückabzuwickeln. Herr Jauch bestätigt, dass neues Planungs- und Baurecht geschaffen werden muss, um die Wünsche einer Bebauung besser befriedigen zu können.

Frau Flämmich-Winckler teilt mit, dass sie die Nachfragen zur schriftlichen Beantwortung übergibt.

6. Anfrage Herr Dr. Nitzsche zum Ausbau des Burgwegs

Herr Taeger verliest die Anfrage.

Herr Jauch teilt mit, dass der grundhafte Ausbau des Burgwegs aufgrund des schlechten Straßenzustandes und der vorhandenen ungünstigen Querschnittsverhältnisse erforderlich ist. Die Fahrbahnbreiten gestatten nur in wenigen Bereichen den Begegnungsverkehr zwischen LKW und PKW und auch zwischen PKW und PKW, die Sichtverhältnisse sind durch die Steigungen und Kurven eingeschränkt und die Situation wird durch die bereichsweise fehlenden Gehwege weiter verschärft. Der grundhafte Ausbau des Burgweges wurde bereits im Jahr 2006 in die mittelfristige Investitionspla-

nung der Stadt aufgenommen. Wegen fehlender finanzieller Mittel und der Realisierung anderer prioritärer Maßnahmen wird diese Maßnahme erst im Jahr 2013 in Angriff genommen werden. Herr Jauch teilt mit, dass die Entwurfsplanung den betroffenen Ortsteilräten vorgestellt und im Stadtentwicklungsausschuss bestätigt wurde. Die Fahrbahn soll danach in Asphalt und die Gehwege in Betonpflaster hergestellt werden. Es ist noch nicht abzusehen, ob das vorhandene Pflaster aus der Fahrbahn so ausgebaut werden kann, dass es noch einen monetären Wert besitzt. Sollte ein Erlös für die Veräußerung der Pflastersteine erzielt werden, wird er die Kosten der grundhaften Straßenbaumaßnahme reduzieren. Herr Jauch berichtet zum Ablauf, dass im 1. Bauabschnitt der Burgweg vom Camsdorfer Ufer bis einschließlich Einmündung Dietrichweg ausgebaut wird. Der 2. Bauabschnitt beginnt nach der Einmündung Dietrichweg und reicht bis zum Ende der Baustrecke nach der Einmündung der Planstraße B. Die Fertigstellung des 2. Bauabschnittes wird die 2. Hälfte des Jahres 2014 in Anspruch nehmen. Zwischen den Bauabschnitten soll es eine planmäßige Winterpause geben. Es wird angestrebt, in dieser Winterpause den Burgweg für den Verkehr zu öffnen. Für die Verkehrsführung während der Bauzeit wird eine Umleitungskonzeption erarbeitet, die in einer Informationsveranstaltung den Anliegern sowie den Anwohnern der Wilhelmshöhe vorgestellt wird.

Herr Taeger äußert in seiner Nachfrage, dass die gestellten Fragen im Kern nicht beantwortet wurden. Er wiederholt die Fragestellung von Herrn Dr. Nitzsche.

Herr Jauch erwidert, dass es sich um standardisierte Verfahren handelt. Er weist darauf hin, dass die verantwortlichen Mitarbeiter, die diese Planungsphasen betreut haben, in einem sehr komplexen Prozess Straßenausbaubeitragserhebungen machen mussten. Es ist ein dialogischer Prozess, der mit den Planungsbeschlüssen eingeleitet wurde. Im Rahmen der Feststellung der Umlagen wird ermittelt, welche Kosten schlussendlich auf die Anlieger zukommen.

7. Anfrage Frau Hillesheim zur Entschädigung für den Kauf überteuerter Feuerwehrfahrzeuge für Jena

Herr Jauch teilt mit, dass die Verwaltung im Zeitraum 2000 bis 2011 Feuerwehrfahrzeuge angeschafft hat. Es wurde 2003 ein Löschgruppenfahrzeug LF 8/6 mit Fahrgestell angeschafft für die Freiwillige Feuerwehr in Jena-Zwätzen. Die Kosten betragen rund 115.000 €. Im Jahr 2004 wurde ein Tanklöschfahrzeug TLF 1625 mit Fahrgestell und Aufbau zum Preis von 178.000 € für die Freiwillige Feuerwehr Göschwitz angeschafft und im Jahr 2006 ein HLF 2020 mit Fahrgestell zum Preis von 262.000 € für die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr Nord. Der Verwaltung ist derzeit nicht bekannt, wie hoch die Entschädigungszahlungen ausfallen werden. Die Regelungen dazu werden beim Deutschen Städtetag getroffen. Zur Verwendung potenzieller Entschädigungen liegen der Verwaltung ebenfalls noch keine Informationen vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Betrag, der sich dann rechnerisch für die Stadt Jena auf Grund der genannten Zahlen darstellt, so gering sein wird, dass er keinen wesentlichen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten kann. Herr Jauch hofft, dass es eine kleine erfreuliche Einnahmeposition im kommenden Jahr im Haushalt sein wird.

Die Sitzungsleiterin beendet an dieser Stelle die Fragestunde. Sie teilt mit, dass noch Anfragen vorliegen von

- Herrn Kühn zur Fertigstellung Ballspielplatz lt. Erschließungsvertrag im Bereich Zwätzen Nord,

- Herrn Peisker zur Ausstattung der Stadträte mit Tablet-PCs zur Nutzung des Ratsinformationssystems,
- Herrn Wiese zur Gewalt in Fußballstadien,
- Herrn Niedersträßer zu "Rechter Treffpunkt in Ost - und stille schweigt die Stadt?" und
- Herrn Thomas zur gesunden Ernährung an Kindergärten und Schulen.

Die Beantwortung erfolgt je nach Auffassung der Fragesteller zur nächsten Sitzung des Stadtrates bzw. in schriftlicher Form innerhalb der nächsten 14 Tage.

**TOP 10 Beschlussvorlage CDU-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen / sachkundige Bürger
Vorlage: 12/1835-BV**

Die o.g. Vorlage wird mehrheitlich **bestätigt**.

**TOP 11 Beschlussvorlage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung in Ausschüssen
Vorlage: 12/1837-BV**

Dazu liegt eine Ergänzung des Einreichers vor.

Die o.g. Vorlage wird mehrheitlich **bestätigt**.

**TOP 20 Beschlussvorlage Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen - Bandprobenräume in Jena
Vorlage: 12/1838-BV**

**TOP 21 Beschlussvorlage Martin Michel - Bandprobenräume in Jena erhalten
Vorlage: 12/1840-BV**

Die Vorlagen werden gemeinsam diskutiert.

Zum TOP 20 liegen ein Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. und ein Austauschblatt des Einreichers vor.

Herr Liebscher erklärt, dass das Problem der fehlender Bandprobenräume in Jena weder für die Politik, noch für die Verwaltung, noch für die Betroffenen neu ist. Er spricht an, dass Ende des Monats der Mietvertrag für die Räume im Gebäude in Göschwitz ausläuft, die derzeit als Bandprobenzentrum genutzt werden. Bereits bei der Bereitstellung dieses Gebäudes vor zwei Jahren war bekannt, dass das Problem fehlender Bandräume damit nicht endgültig gelöst wurde. Es sollte nur eine Übergangslösung sein. Herr Liebscher kritisiert, dass der Übergangszeitraum nicht intensiv genutzt wurde, um neue Räumlichkeiten für die Bandproben anbieten zu können. Er wendet sich dagegen, dass die Bands Ende des Monats auf die Straße gesetzt werden. Herr Liebscher teilt mit, dass deshalb die Vorlage eingebracht wurde, die die Nutzung des Laborgebäudes für die Bands übergangsweise bis zu dem Zeitpunkt verlängern soll, zu dem eine dauerhafte Lösung erreicht ist oder ein Ausweichstandort angeboten wird. Herr Liebscher kann den in den letzten Wochen geführten Gesprächen eine gewisse Zuversicht entnehmen, dass sich eine dauerhafte Lösung zeitnah finden lässt. Er stellt abschließend den **Geschäftsordnungsantrag** auf Rederecht für einen Vertreter des PhonTon Vereins.

Herr Michel stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Erteilung von Rederecht für Herrn Benjamin Bock vom PhonTon e.V..

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erteilung von Rederecht für Herrn Benjamin Bock wird mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Bock stellt dar, was droht, verloren zu gehen, wenn die Probenräume geschlossen werden. Er spricht an, dass die jungen Bands gute Möglichkeiten in Jena in den Jugendzentren haben, aber die Jugendlichen auch ihren Jugendzentren entwachsen und dann weiterhin Musik machen und an der Kultur teilhaben wollen. Herr Bock appelliert an die Mitglieder des Stadtrates, im Sinne der Mitglieder des Vereins PhonTon und der Bands eine Entscheidung zu treffen. Er mahnt an, dass in einer Stadt wie Jena, die kulturellen Freiräume nicht verloren gehen dürfen. Er weist auf das Eintreten der Bürger im Jahr 1953 und 1989 für die Freiheit hin. Er spricht an, dass in den letzten Jahrzehnten sehr viel freie Kultur in Jena entstanden ist. Herr Bock hofft, dass eine Entscheidung im Sinne der Bands gefällt wird.

Der Oberbürgermeister stellt zunächst den Sachstand dar. Er würdigt die Arbeit der Bands in Jena und die Nachwuchsarbeit der freien Szene. Er lobt das Engagement des PhonTon e. V.. Er bestätigt, dass die Stadtverwaltung Verantwortung für die Entfaltung der künstlerischen Kräfte trägt, es jedoch keine rechtliche Verpflichtung für die Stadt gibt. Er betont, dass die Stadt Unterstützung leisten will. Es geht jedoch um die praktische Frage, was der Stadt unter den konkreten Bedingungen möglich ist. Der Oberbürgermeister beschreibt, dass der zweijährige Mietvertrag zwischen KIJ und dem PhonTon e. V. zur Nutzung von Räumen in einem Gebäude in Göschwitz, der bereits um ein Vierteljahr verlängert wurde, jetzt ausläuft. Die Nutzung dieser Räume war von Anfang an als Übergangslösung vorgesehen. Die Stadt hat keine Möglichkeit, den Mietvertrag fortzusetzen. Eine Verlängerung wurde geprüft. Die Verwaltung bemüht sich jedoch, Lösungen zu finden. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung für 50 bis 60 Bands mit Mitgliedern zwischen 12 bis 29 Jahren Räume zur Verfügung stellt. Er räumt ein, dass Bands, die dieser Altersgruppe entwachsen sind, auch adäquate Räume benötigen. Die Verwaltung hat mehrere alternative Objekte zur Nutzung für die Bands geprüft. Die Prüfungen führten jedoch zu keiner Lösung. Der Oberbürgermeister berichtet, dass sich jetzt zwei Möglichkeiten eröffnen. Es gibt ein Objekt auf einem Industriegelände, für das ein Mietzuschuss generiert werden muss und des weiteren ein leerstehendes Gebäude außerhalb der Stadtgrenzen. Es ist ein Besichtigungstermin mit PhonTon geplant. Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass die Stadtverwaltung bereits viel Unterstützung für die Bands leistet, dass die Wünsche der Bands angekommen sind und die Verwaltung sich bemüht, dauerhafte Lösungen zu finden und dass es zwei konkrete Objekte gibt, die geprüft werden. Der Oberbürgermeister empfiehlt, die Beschlussvorlagen zu beschließen, denn sie unterstützen das Anliegen zusätzlich.

Frau Wackernagel stellt als Vorsitzende des Werkausschusses KIJ richtig, dass der Ausschuss sich immer wieder mit dem Anliegen befasst hat. Sie geht davon aus, dass KIJ auch weiterhin als Partner den Verein unterstützen wird. Sie begrüßt, wenn Räumlichkeiten gefunden werden. Frau Wackernagel fragt jedoch, ob in der gegenwärtigen Haushaltssituation ein finanzielles Loch im Bereich der Kultur geschaffen werden soll. Sie spricht sich für intensive Beratungen mit der Werkleitung von KIJ aus, um das Vorgehen mit KIJ abzustimmen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der Mietzuschuss für das eine Objekt mit 3.000 € nicht so hoch ist und durch die Kulturförderung realisiert werden kann. Das liegt in der Entscheidung des entsprechenden Ausschusses.

Herr Wiese weist darauf hin, dass die Verwaltung die Bands und die Bereitstellung von Probenräumen bereits fördert. Es ist nicht richtig, dass heute um den Erhalt von Probenräumen für die Stadt Jena oder für die freie Musikszene gekämpft werden muss. Mit der Beschlussvorlage geht es lediglich um die Prüfung der Möglichkeit, über einen bestimmten Zeitraum den Probenraum in der Prüssing-Villa zu erhalten und bei Vorliegen anderer Räume, den Standort in der Prüssingstraße aufzugeben. Herr Wiese räumt ein, dass es bedauerlich ist, wenn ein Probenraum für die freie Szene wegfällt. Es gibt jedoch auch viele andere private Bands, die Probenräume anmieten und nicht auf die Förderung der Stadt zurückgreifen. Herr Wiese bestätigt die Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Bereitstellung von Probenräumen nicht Aufgabe der Stadt ist, die Stadt jedoch dazu steht. Er teilt mit, dass die FDP-Fraktion deshalb auch den Beschlusspunkt 001 der Vorlage unter TOP 20 unterstützt. Er äußert jedoch Bedenken zum Beschlusspunkt 002. Herr Wiese geht davon aus, dass eine weitere Nutzung der Räume unter baurechtlichen Aspekten nicht möglich ist. Er spricht sich deshalb gegen eine Ausnahmegenehmigung aus. Herr Wiese stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Michel spricht an, dass Jena eine starke, vor allem aus ehrenamtlichen Engagement bestehende soziokulturelle Szene besitzt, die einen großen Teil des kulturellen Angebots der Stadt abdeckt. Er beschreibt die Organisation und Arbeitsweise dieser Szene. Er stellt fest, dass die Kommunikation mit den eher festen Strukturen und Institutionen der Stadt nicht einfach ist. Er spricht an, dass in der Vergangenheit viele Freiräume verloren gingen, in denen sich Menschen politisch, kreativ oder musikalisch ausprobierten. Er nennt Räume in den alten Bahnanlagen, im Kaleidospheres oder in verschiedenen Hausprojekten. Bereits im Oktober haben in einer Demonstration Kulturschaffende und Nutzer auf die Probleme des Raummangels für kulturelle Nutzung aufmerksam gemacht. Auch heute möchten die vor und im Rathaus Versammelten auf diese spezielle Raumproblematik der Stadt aufmerksam machen. Herr Michel teilt mit, dass der PhonTon e. V. versucht, Künstlern Raum für ihre musikalischen Projekte zu geben. Er verweist darauf, dass in Jena sich stets neue wunderbare Bandprojekte entwickeln. Diese Projekte brauchen dringend Räumlichkeiten für Ihre Proben. Eine Lösung ohne politische Unterstützung ist in Jena aufgrund der angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt nur schwer umsetzbar. Herr Michel kritisiert, dass in der Diskussion von stadtentwicklungspolitischen Konzepten für die Innenstadt kulturelle Sondernutzungen keine Rolle spielten. Kulturelle Raumpolitik ist jedoch zwingend geboten. Der kulturelle Raum ist auf Unterstützung angewiesen. Herr Michel betont, dass Kultur eine zwingende Voraussetzung für eine lebenswerte Gesellschaft ist. Er plädiert für die Wertschätzung und Unterstützung der lebendigen Szene der Stadt. Er mahnt an, nicht zu lange über Räume zu diskutieren, denn viele Akteure haben die Stadt bereits verlassen. Herr Michel spricht sich für die Förderung auch marktferner Räume aus. Er äußert, dass Jena aktuell keine kulturfreundliche Stadt ist. Das liegt nicht an den Menschen, sondern an den Standortfaktoren. Herr Michel fordert auf, heute einen Beschluss zu fassen, der wieder mehr Raum für Musik schafft.

Herr Schieck spricht an, dass es ein gemeinsames Anliegen der Demonstranten und der Anwesenden ist, eine lebendige kreative Stadt zu haben. Es ist eine Aufgabe der Politik und der Stadt, die Kultur und Kreativität zu fördern. Herr Schieck räumt ein, dass es keine verpflichtende rechtliche, aber eine politische Aufgabe ist, der sich alle stellen müssen und für die in den Haushaltsdiskussionen und für die Raumfragen Antworten gefunden werden müssen. Herr Schieck geht davon aus, dass Jena in vielen Punkten eine kulturfreundliche Stadt ist, dass es aber in manchen Punkten Nachholbedarf gibt.

Er äußert sich zu dem konkreten Problem. Das Gebäude in Göschwitz wird intensiv genutzt. Das Ende der Nutzung war jedoch absehbar. Die Suche nach Alternativen begann relativ spät. Die baurechtliche Situation ist problematisch. Es muss jetzt dringend ein Ausweichquartier gesucht werden. Herr Schieck geht davon aus, dass der Mietzuschuss für das eine genannte Ausweichobjekt in der Kulturförderung vorhanden ist. Es wird jedoch eine endgültige Lösung gebraucht. Der Auftrag, bis März 2013 die einzelnen Möglichkeiten an vorhandenen Immobilien zu prüfen, ist ein wichtiger zu fassender Beschluss. Herr Schieck spricht sich dagegen aus, heute einzelne Immobilien herauszugreifen. Er widerspricht der Ansicht von Herrn Wiese zum Beschlusspunkt 002. Er weist darauf hin, dass eindeutig formuliert ist, dass eine schnelle Zwischenlösung gefunden werden muss, wenn es Sicherheitsbedenken zur weiteren Nutzung der Prüssing-Villa gibt. Es ist dann zu überlegen, ob bereits im Dezember für eine Zwischenlösung schon Mietmittel ausgegeben werden können. Herr Schieck geht davon aus, dass das Problem gemeinsam gelöst werden kann.

Frau Flämmich-Winckler teilt mit, dass das Thema Bands und Band-Probenraum sie schon seit vielen Jahren begleitet. Sie spricht sich für die Unterstützung aus. Sie stimmt dem Wunsch nach festen Räumlichkeiten für die Bands mit eigenem Equipment zu. Sie teilt mit, dass sie bereits im Februar 2012 dieses Problem in einer Anfrage an den Oberbürgermeister ansprach. Frau Flämmich-Winckler teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. der Vorlage zustimmen wird. Sie weist darauf hin, dass der Ergänzungsantrag ihrer Fraktion mit dem Punkt 003 ein Prüfauftrag ist, der das Anliegen zusätzlich unterstützt. Sie wirbt darum, dass er übernommen wird. Sie **ändert** den Termin von Dezember 2012 auf Januar 2013.

Herr Dr. Vogel betont, dass mit dieser Vorlage etwas Lebenswertes für die Stadt erreicht werden soll. Die Vorlage formuliert klar einen politischen Willen. Die Einreicher sprechen sich für eine dauerhafte Lösung aus. Es wird übergangsweise ein Ausweichquartier gefordert, solange es keine dauerhafte Lösung gibt. Zu der Formulierung der Vorlage gab es im Kulturausschuss keinen Widerspruch. Es erfolgte auch die Verständigung, jetzt keine Standortdiskussion im Stadtrat zu führen. Herr Dr. Vogel wiederholt, dass es erstens den klaren Willen für eine dauerhafte Lösung und zweitens für ein Übergangsobjekt gibt, solange eine dauerhafte Lösung nicht vorhanden ist.

Frau Seise unterstützt die Erhaltung der Bandprobenräume und die vorliegende Beschlussvorlage. Sie bringt einen **Ergänzungsantrag** ein. Er bezieht sich auf die Frage, wann der Ausweichstandort angeboten werden soll und in welcher Form. Frau Seise spricht sich dafür aus, dass ein nahtloser Übergang angeboten werden soll und dieser in adäquater Form. Sie unterstützt die gesamte Initiative. Sie berichtet von ihrer Klasse, in der sehr viele Kinder ein Instrument spielen. Sie fördert und begrüßt das sehr. Sie erklärt, dass es keine bessere Möglichkeit gibt, um Kinder und Jugendliche von der Straße zu bekommen. Sie betont, dass Kultur und Sport ein Halt für Jugendliche ist, egal welcher Altersgruppe. Frau Seise teilt mit, dass sie sich als Stadträtin dazu verpflichtet fühlt, dies auch in Zukunft zu unterstützen.

Herr Wiese kritisiert, dass mit dem Beschluss politisch zugestimmt wird, zu prüfen, was bereits bekannt ist, nämlich dass eine weitere Nutzung nicht mehr geht. Der schwarze Peter wird dann der Verwaltung zugeschoben.
Herr Wiese stellt den Änderungsantrag, den Beschlusspunkt 001 wie folgt zu ändern: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Wegfall der Prüssing-Villa ein Ausweichquartier zu finden.

Herr König stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte und Beschlussfassung.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte wird mehrheitlich **bestätigt**.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass die Einreicher der Vorlage von TOP 20 den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. **übernehmen**.

Die Sitzungsleiterin verliert den Ergänzungsantrag.

Frau Seise verliert ihren Änderungsantrag für den Beschlusspunkt 002.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass der **Änderungsantrag** von Herrn Wiese zum Punkt 002 lautet: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Wegfall der Probenräume der Prüssing-Villa übergangsweise ein Ausweichquartier zu finden.“

Der Änderungsantrag von Herrn Wiese wird mehrheitlich **bestätigt**.

Die Sitzungsleiterin teilt mit, dass damit der Änderungsantrag von Frau Seise entfällt.

Der Antrag von Herrn Wiese auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte wird zurückgezogen.

Die Vorlage zum TOP 20 mit den Veränderungen wird einstimmig **bestätigt**.

Herr Michel **zieht** die Vorlage zum TOP 21 **zurück**.

An dieser Stelle wird die Pause eingeordnet.

TOP 12 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Kommunale Immobilien Jena (KIJ)
Vorlage: 12/1804-BV

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es sich mit der o.g. Vorlage um eine der wichtigsten Vorlagen im Haushaltsjahr handelt. Er benennt zunächst einige Rahmendaten. Er teilt mit, dass das Investitionsvolumen für das kommende Jahr 2013 22 Mio. € beträgt. Das Unternehmen weist eine stabile Ertragslage mit einem Gewinn von 1,9 Mio. € auf. Der Oberbürgermeister hebt einige Beispiele der geplanten Investitionen heraus. Er weist auf die Innensanierung der Nordschule mit 2,7 Mio. €, auf die Sanierung und Erweiterung des Schulstandortes Karl-Marx-Allee 7 mit 9,8 Mio. €, die Sanierung der Grundschule am Rautal, den Neubau der Turnhalle und des Speisesaals mit 5,6 Mio. € hin. Für die Umsetzung des zweiten Teils des Schulnetzplans werden in den Jahren bis 2018 56 Mio. € eingesetzt. Der Bau des Gefahrenabwehrzentrums wird im nächsten Jahr beginnen. Diese Investition beträgt insgesamt 22,5 Mio. €. Im nächsten Jahr sind 4,7 Mio. € mit Baubeginn eingeplant. Der Oberbürgermeister nennt weiter den Bau der Tartanbahn in Lobeda-West in der Dienerstraße mit 500.000 €, den Anbau Theaterhaus mit 3,4 Mio. € oder den Kita-Neubau in Jenaprießnitz mit 1,2 Mio. €. Es sind alles Investitionen, die der Stadt nützen und das Stadtbild bereichern. Der Oberbürgermeister spricht die planmäßige Umsetzung des Entschuldungsprogramms an. Im nächsten Jahr werden 4,5 Mio. € Schulden getilgt und 25 Mio. € umgeschuldet. Der Kreditstand wird mit der Entschuldung von 44,9 Mio. € auf 40,4 Mio. € reduziert. Es werden immobilienbezogene Darlehen um 2,6 Mio. € getilgt. Es wird damit ein Rückgang des Kreditbestan-

des im Jahr 2013 von 61 Mio. € auf 54 Mio. € erreicht. Die durchschnittliche Investitionssumme wird in den nächsten fünf Jahren jährlich 22 Mio. € betragen. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass in den 56 Mio. € für Schulbauten 20 Mio. € in interne Darlehensaufnahmen vorgesehen sind. Die Stadt ist in der Lage, die Aufnahme von Krediten von außerhalb zu vermeiden. Es erfolgt die planmäßige Weiterführung des Entschuldungsprogramms, so dass die Schulden Ende nächsten Jahres bei 40 Mio. € liegen werden und Ende 2017 nur noch bei 19 Mio. €. Die Entschuldung wird im Jahr 2022 erreicht sein. Im Jahr 2000 hatte die Stadt noch 160 Mio. € Schulden. Der Oberbürgermeister lobt die Arbeit des Eigenbetriebes KIJ und bedankt sich herzlich bei Herrn Dr. Blankenburg, dem er als neuen Werkleiter für das Wirtschaftsjahr 2013 optimalen Erfolg wünscht.

Frau Wackernagel spricht die Komplettsanierung der Sportanlage am Jenzig an, die sie ausdrücklich begrüßt. Sie fragt jedoch nach, ob die Komplettsanierung im Zusammenhang mit der Kündigung des Pachtvertrages des Sportvereins FC Thüringen steht.

Herr Schenker berichtet, dass ernsthafte Gespräche zwischen KIJ, dem Dezernat und dem Sportkoordinator geführt werden zur Möglichkeit, den Vertrag mit der Sportanlage am Jenzigweg zu lösen. Er nennt als Grund die Ertüchtigung des Standortes, so dass die Sportanlage nicht nur von Vereinen, sondern auch von den vielen anliegenden Schulen genutzt werden kann. Herr Schenker geht davon aus, dass eine große Aufgabe zu lösen ist.

Frau Wackernagel weist darauf hin, dass der Pachtvertrag schon zum Ende des Jahres gekündigt wurde und davon auch ein Arbeitsplatz betroffen ist. Sie fragt nach der Notwendigkeit zu diesem Vorgehen.

Herr Schenker sagt zu, dass menschliche Härten umgangen werden sollen und dass Übergangslösungen geschaffen werden. Der Sachverhalt muss für die Allgemeinheit positiv entschieden werden.

Herr Blumentritt spricht seinen Dank an die Stadträte und KIJ aus. Er weist darauf hin, dass der Eigenbetrieb KIJ mit Unterstützung von Beschlüssen des Stadtrates Enormes im Stadtteil Neulobeda geleistet hat. Er erinnert daran, dass es in der Vergangenheit Probleme gab. Er hebt die erfolgreiche Entwicklung am Standort in Lobeda hervor, die im Bereich der Schulen erreicht wurde. Herr Blumentritt weist darauf hin, dass die Einwohnerzahl im Stadtteil Lobeda in den nächsten Wochen die Zahl 25.000 überschreiten wird. Diese Entwicklung war im Jahr 1990 und 1991 nicht abzusehen. Es ist deshalb der Dank an den Stadtrat und KIJ angebracht. Herr Blumentritt äußert, dass auch Herr Thomas Dirkes maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung hat. Herr Blumentritt begrüßt die Investition am Sportplatz Dienerstraße, die dingend notwendig ist. Er weist darauf hin, dass Schulstunden im Sport ausfallen mussten aufgrund des schlechten Zustandes des Platzes. Es sind ebenso Festlichkeiten und große Sportfeste ausgefallen. Herr Blumentritt spricht an, dass für die Sanierung des Platzes lange auf Fördermittel gewartet wurde. Er begrüßt als kluge Entscheidung, dass der Eigenbetrieb KIJ mit den Jenaer Hanfrieds einen Erbvertragsvertrag abgeschlossen hat. Er lobt das rege Sporttreiben auf dem Platz. Herr Blumentritt geht davon aus, dass die Investition für den Platz nicht nur ein Beitrag für den Stadtteil Lobeda, sondern auch für die Stadtentwicklung in Jena ist. Er spricht weiterhin den Umbau des ehemaligen Arbeits- und Finanzamtes in zweistelliger Millionenhöhe an. Für den Umbau konnten auf dem privaten Wohnungsmarkt Investoren gefunden werden. Das war möglich, weil der

Stadtrat immer Gelder zur Verfügung gestellt hat, dass die städtischen Immobilien als weicher Standortfaktor attraktiv ausgebaut werden konnten. Herr Blumentritt bedankt sich dafür ausdrücklich.

Frau Dr. Lukin fragt nach, ob das Entschuldungsprogramm angesichts der unsicheren Haushaltslage so konsequent fortgesetzt werden kann, wie in der Vorlage beschrieben. Sie fragt, ob es nach der Beschlussfassung der Vorlage noch Spielräume gibt, um in diesem Bereich mit dem allgemeinen Haushalt einzugreifen. Frau Dr. Lukin fragt zweitens nach, ob die Summe, die jetzt zusätzlich für das Gefahrenabwehrzentrum zur Verfügung gestellt wird, auch der Feuerwehr als dem Hauptnutzer in Gänze zugute kommt, so dass mehr Räumlichkeiten für die Feuerwehr und die dort tätigen Personen zur Verfügung gestellt werden. Sie bittet um eine Aussage, dass die zusätzlichen Einnahmen von Teilen der Stadtverwaltung nicht die notwendigen Räume für die Feuerwehr einschränken. Frau Dr. Lukin fragt weiter, ob für das mobile Bürgerbüro noch geeignete Personen zur Verfügung gestellt werden können, wenn das Bürgerbüro kapazitätsmäßig auch mit in das Gefahrenabwehrzentrum hinein verlagert wird und somit Einsparungen in der Verwaltung auf Kosten der Außenstelle erzielt werden. Sie stellt fest, dass es dazu noch keine Verständigung gab. Sie spricht sich dafür aus, dass der Stadtteil Lobeda ein Bürgerbüro hat und diese Leistung dort wieder angeboten werden sollte. Frau Dr. Lukin begrüßt den Bau der Tartanbahn in Lobeda. Sie fragt nach, ob der Bau der Tartanbahn auch erfolgt, wenn keine Fördermittel akquiriert werden können. Sie bittet um eine Aussage, ob die Sportanlage wirklich mit den im Wirtschaftsplan eingestellten Mitteln gebaut werden kann.

Herr Jauch geht davon aus, dass die Planungen auch eingehalten werden. Bei wesentlichen Abweichungen ist eine Änderung des Wirtschafts- und Investitionsplanes erforderlich. Herr Jauch bestätigt, dass im Prozess der planerischen Umsetzung zum Gefahrenabwehrzentrum geprüft wurde, ob weitere Funktionen an diesem Standort aufgenommen werden können, ob durch eine Aufstockung einer Etage die Finanzverwaltung aufgenommen werden kann. Es sollen jedoch keine Frontoffice-Bereiche an den Standort des Gefahrenabwehrzentrums gehen, sondern Backoffice-Bereiche der Verwaltung einziehen, die sich jetzt an verschiedenen Standorten befinden. Das wird nicht zu Lasten der Feuerwehr gehen. Der Standort Lödtergraben 12 soll zu einem hoch funktionalen Frontoffice-Bereich ausgebaut werden. Herr Jauch äußert, dass zusätzliche Kapazitäten am Standort des Gefahrenabwehrzentrums geschaffen wurden und an anderer Stelle Flächen aufgegeben werden. Herr Jauch betont, dass die Nutzungs- und Flächenbilanz der Verwaltung sich nicht erhöhen soll. Er geht davon aus, dass ganzheitlich eine gute wirtschaftliche Lösung erreicht wurde. Herr Jauch weist darauf hin, dass heute bei Investitionen für Immobilien ein hoher Anteil an Haustechnik besteht. Durch die technischen Komponenten reduziert sich die Nutzungsdauer von Immobilien, was auch zu Mietsteigerungen führt.

Frau Dr. Lukin fragt nach, was mit den frei werdenden Räumlichkeiten geschieht. Sie bittet um eine Aussage zum Entschuldungskonzept.

Herr Jauch teilt mit, dass die Immobilie, die jetzt vom FD Kommunale Ordnung genutzt wird, dann vermarktet wird. Die anderen Räumlichkeiten sind von der Verwaltung lediglich gemietet.

Der Oberbürgermeister erteilt Herrn Dr. Blankenburg das Wort.

Herr Dr. Blankenburg erklärt, dass die Entschuldung eine Tilgung ist. Tilgung ist keine Belastung im Erfolgsplan. Mit der Entschuldung wird der Haushalt weder entlastet noch belastet. Es wird jedoch die Zinslast entlastet, weil die Stadt die Schulden reduziert. Herr Dr. Blankenburg weist darauf hin, dass das Tempo der Entschuldung zu prüfen ist, denn es wird Liquidität benötigt, um die Investitionen für den Schulnetzplan finanzieren zu können. Er geht davon aus, dass die Stadt weiter gemäß dem ursprünglichen Tempo entschulden kann, aber nicht mehr schneller. Herr Dr. Blankenburg teilt zur Investition für die Sportanlage in der Dienerstraße mit, dass diese im letzten Wirtschaftsplan von der Fördermittelzusage abhängig gemacht wurde. Es gab keine Fördermittel. Es ist vorgesehen, wieder Fördermittel zu beantragen.

Herr Taeger spricht sich dafür aus, dass die o.g. Vorlage heute beschlossen werden sollte, auch angesichts einer unklaren Haushaltslage. Er weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan drei große Prioritäten enthält, die von der FDP-Fraktion bislang immer verfolgt wurden. Es sind der Kita-Ausbau, der Schulnetzplan und die Entschuldung. An diesen Prioritäten sollte zunächst nichts verändert werden. Es ist deshalb wichtig, den Wirtschaftsplan 2013 zu beschließen, auch unabhängig von der Haushaltsplanberatung 2013. Herr Taeger weist darauf hin, dass der Eigenbetrieb KIJ für die Stadt immerhin eine bescheidene Geldquelle darstellt. Der von der Werkleitung vorgelegte vorsichtig pessimistische Ansatz im Ergebnis von 1,3 Mio. € sollte bestätigt werden. Herr Taeger spricht sich ebenfalls für eine planmäßige Fortsetzung der Entschuldung aus. Er bittet aber zu beachten, dass die Stadt, der Kernhaushalt einen Liquiditätszuschuss in Form eines internen Kredits macht, um die erheblichen Investitionen auch in den nachfolgenden Jahren leisten zu können. Er beträgt 20 Mio. €. Es muss deshalb in den nächsten Jahren dafür gesorgt werden, dass keine so schlechten Ergebnisse erzielt werden, dass es zu einem zusätzlichen Cash-Abbau kommt. Dann wäre der Schulnetzplan in der mittelfristigen Finanzierung gefährdet. Herr Taeger befürwortet die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans, fordert aber für die Haushaltsplanberatungen 2013, Zurückhaltung und das Zurückfahren von Ausgaben im Kernhaushalt zu bedenken. Die FDP-Fraktion wird dem Wirtschaftsplan mit seinen Prioritäten zustimmen. Herr Taeger geht davon aus, dass die eingeplanten Mittel für das Gefahrenabwehrzentrum auch dem eigentlichen Zweck zugute kommen. Die Ergänzung um den Verwaltungsteil macht die Investition eher günstiger. Herr Taeger bittet jedoch um eine plausible Darstellung auch anhand von Zahlen, denn die allein sprachliche Begründung für die Mehrkosten ist nicht ausreichend.

Herr Jauch stellt den Zusammenhang von Wirtschaftsplan und Haushaltsplan der Stadt dar. Durch das Eigenbetriebsmodell sind die Investitionshaushaltspläne nicht mehr Bestandteil des Haushaltsbeschlusses, sondern Bestandteile von Wirtschaftsplanbeschlüssen. Durch die Trennung können die wichtigsten Bestandteile des Haushaltes vorzeitig beschlossen werden und der Umsetzungsprozess der Investitionen kann frühzeitig beginnen. Herr Jauch unterstreicht, dass heute ein wichtiger Teil des Haushaltsbeschlusses gefasst wird und das bereits im November.

Herr Tänzer teilt mit, dass im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und im Werkausschuss KIJ die o. g. Vorlage beraten und einstimmig betätigt wurde. Er äußert zum Punkt Entschuldung, dass das ehrgeizige Ziel dieses Beschlusses nicht aufgeweicht werden sollte. Es sollte auch nicht ins Kalkül gezogen werden, dass mit einer langsameren Entschuldung andere Projekte ausgeglichen werden könnten. Herr Tänzer spricht sich für die Zustimmung zum Wirtschaftsplan von KIJ aus, mahnt aber an zu bedenken, dass das weitere Vorgehen für die Haushaltsplanung haushalterisch sehr

besonnen sein muss. Er appelliert, in den nächsten Tagen und Wochen ein ausgeglichenes Volumen für den Haushaltsplan 2013 zu erreichen. Er richtet an alle Ausschüsse und Fraktionen die Mahnung, sorgfältig mit den Vorstellungen und Erwartungen umzugehen, um noch in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2013 einbringen zu können. Herr Tänzer wirbt dafür, das finanzielle Polster für das Jahr 2013 so einzusetzen, dass weder soziale Belange vernachlässigt werden, noch zusätzliche Projekte stärker ausgebaut werden. Der Wirtschaftsplan von KIJ ist ein ausdrucksvolles Zeichen für die Umsetzung des richtigen Weges. Das Tempo der Entschuldung muss dabei beachtet werden. Herr Tänzer befürwortet, das ehrgeizige Ziel der Entschuldung zielstrebig fortzusetzen.

Die o.g. Vorlage wird einstimmig **bestätigt**.

**TOP 13 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Einleitungsbeschluss für die
1. einfache Änderung des Bebauungsplanes "Jena21 - Technologie-
park Jena Südwest"
Vorlage: 12/1751-BV**

Die o.g. Vorlage wird mehrheitlich **bestätigt**.

**TOP 14 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Vorhabenbezogener Bebau-
ungsplan VBB-LH 02 "Wohn- und Geschäftshäuser Carl-Zeiss-Pro-
menade": Satzungsbeschluss
Vorlage: 12/1757-BV**

Die o.g. Vorlage wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen **bestätigt**.

**TOP 15 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Vertrag über die Ausarbeitung
der städtebaulichen Planung für die Wohnbauflächen "Im oberen
Kreuz" im Ortsteil Göschwitz
Vorlage: 12/1764-BV**

Herr Niederstraßer teilt mit, dass er es als grundsätzliches Problem ansieht, wenn durch einen bestimmten Vorhabenträger ein Bebauungsplan erstellt werden soll, wie es der Vertrag auch vorsieht. Er spricht an, dass es sich zunächst um eine kommunale Aufgabe handelt, bei der auch verschiedene Interessen in Ausgleich zu bringen sind. Der vorliegende Vertrag sieht vor, dass der Aufgabenträger zu eigenen Kosten einen Bebauungsplan erstellen lässt. Der Aufgabenträger wird seine Ziele auf der Fläche möglichst weitreichend umsetzen wollen. Herr Niederstraßer spricht die Vereinbarkeit mit der Ausgleichsfunktion der Kommune an. Er hinterfragt, ob es sinnvoll ist, originäre Aufgaben der Stadt durch Vertrag an Dritte zu geben. Herr Niederstraßer äußert seine Bedenken zu diesem Verfahren.

Der Oberbürgermeister erteilt Herrn Pfeiffer das Wort zur Stellungnahme.

Herr Pfeiffer äußert zunächst Verständnis für die Bedenken. Er weist aber darauf hin, dass im Vertrag festgehalten ist, dass der Vertrag keinen Anspruch auf die Schaffung von Bauplanungsrecht gewährt. Über den Stadtentwicklungsausschuss und den Stadtrat haben die Mitglieder des Stadtrates die Möglichkeit der Mitsprache. Die Stadt übernimmt auch nicht das Risiko eventuell nutzloser Aufwendungen, falls das Baurecht im Vertragsgebiet nicht geschaffen wird. Es ist also für den Investor ein hohes Risiko, die städtebauliche Planung zu erstellen. Die Stadt darf sich des Planungsrechtes nicht

vollständig begeben. Herr Pfeiffer betont, dass es die Aufgabe des Stadtrates ist, über den erstellten Bebauungsplan zu befinden.

Herr Dr. Birckner fragt nach, ob die öffentliche Auslegung gewährleistet sein wird. Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass das Recht nach dem Baugesetzbuch gilt. Das betrifft auch die Auslegung und die Bürgerbeteiligung.

Die o.g. Vorlage wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **bestätigt**.

**TOP 16 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan B-Gö 08 "Im oberen Kreuz" in Göschwitz
Vorlage: 12/1737-BV**

Frau Wackernagel teilt mit, dass in der Beratung der Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss das Anliegen eingebracht wurde, das Tierheim und das TVL Zentrallabor an die Abwasseranlagen mit anzuschließen. Sie bedauert, dass die Stadtwerke das Anliegen abschlägig beantwortet haben und dass 22 Häuser dort gebaut werden sollen, aber die anderen Anlieger nicht an das Abwassersystem angeschlossen werden. Frau Wackernagel äußert die Bitte, dass die Verwaltung das prüft und sich mit dem Ortsteilbürgermeister, Herrn Seyfarth in Verbindung setzt.

Herr Blumentritt ergänzt, dass er als Vertreter des Stadtrates im Abwasserzweckverband das Anliegen vorstellen wird. Er unterstützt den Anschluss an die Abwasseranlagen. Herr Blumentritt teilt mit, dass er sich mit Herrn Seyfarth darüber verständigen wird.

Die o.g. Vorlage wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen **bestätigt**.

**TOP 17 Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Erschließungsvertrag über die Herstellung öffentlicher Erschließungsanlagen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes B-J 02 "Galgenberg westlicher Teil" mit Übereignungsverpflichtungen von Grundstücken
Vorlage: 12/1769-BV**

Die o.g. Vorlage wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen **bestätigt**.

**TOP 18 Beschlussvorlage Fraktionen SPD, LINKE., CDU, FDP, Bürger für Jena, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Seise, Herr Michel - Erklärung des Jenaer Stadtrates zur Zukunft der Jenaer Bahnanbindung
Vorlage: 12/1844-BV**

Die Sitzungsleiterin verliest die vorliegende gemeinsame Erklärung. Der Oberbürgermeister begrüßt die gemeinsame Erklärung des Stadtrates, die ein klares Signal gibt und gegenüber der Bahn AG das Anliegen deutlich macht. Er hat zwei Anmerkungen zur Erklärung, die als Änderungen mit einbezogen werden sollten. Er spricht sich erstens für die Streichung der Formulierung im ersten Absatz „Die Deutsche Bahn kann sich danach nur noch zwei ICE-Zugpaare ... vorstellen.“ aus. Er erläutert, dass „zwei ICE- Zugpaare“ nicht mehr der aktuelle Stand der Haltung der Deutschen Bahn ist und die Bahn sich dazu abschließend im Frühjahr äußern will. Der Oberbürgermeister spricht weiter an, dass es leider noch keine große Bereitschaft in der

Thüringer Regierung zur zeitnahen Elektrifizierung der MDV gibt. Er schlägt deshalb vor, in der Formulierung des ersten Satzes des vorletzten Absatzes auf der Seite 1 der Erklärung „Wir begrüßen die Bereitschaft der Freistaates Thüringen,“ das Wort „Bereitschaft“ durch „Überlegung“ zu ersetzen.

Frau Dr. Kaschuba spricht sich dafür aus, die Negativ-Formulierungen in positive Formulierungen umzuwandeln. Von der Deutschen Bahn sollte gefordert werden, dass mindestens die ICE-Paare in Tagesrandlage erhalten bleiben und darüber hinaus Verbindungen begrüßt werden. Frau Dr. Kaschuba äußert, dass das gleiche für die Mitteldeutschland-Bahn gilt. Der Freistaat Thüringen sollte aufgefordert werden, ein Konzept zur Umsetzung des Projektes zeitnah zu erstellen. Frau Dr. Kaschuba unterstreicht, dass der Wegfall der ICE-Anbindung nicht nur für Jena, sondern für die gesamte Region katastrophal ist.

Herr Wiese stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf eine Auszeit von 3 Minuten, um den Änderungswunsch vom Oberbürgermeister zu beraten.

Der Geschäftsordnungsantrag auf eine Auszeit von 3 Minuten wird mehrheitlich **bestätigt**.

An dieser Stelle wird die Auszeit eingeordnet.

Herr Wiese unterstreicht den Willen des Stadtrates, dass diese Erklärung einmütig beschlossen wird. Aus diesem Grund werden die Anregungen vom Oberbürgermeister aufgenommen. Er teilt mit, dass im ersten Absatz „zwei ICE-Zugpaare“ durch „wenige Zugpaare“ ersetzt wird. Weitere Veränderungen gibt es nicht. Die Einreicher sind sich darin einig, dass klare Aussagen und Botschaften sowohl an das Land als auch an die DB und die DB Regio gerichtet werden sollen. Die Einreicher hoffen, dass die Erklärung nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt wird. Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich an diesen Aktionen zu beteiligen.

Die o.g. Vorlage wird einstimmig **bestätigt**.

TOP 19 Beschlussvorlage Fraktionen SPD, LINKE., CDU, FDP, Bürger für Jena, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Seise, Herr Michel - Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zu schnellem Nord-Süd-Verkehr auf der Saalbahn
Vorlage: 12/1845-BV

Die o.g. Vorlage wird einstimmig **bestätigt**.

TOP 22 Beschlussvorlage Fraktion DIE LINKE. - Handreichung für Ortsteilräte
Vorlage: 12/1841-BV

Frau Langhammer geht davon aus, dass das Anliegen der o.g. Vorlage selbsterklärend ist. Es geht um die Bereitstellung einer Handreichung zu wichtigen Fragen für die Ortsteilarbeit. Das kann für neu gewählte Ortsteilräte einen guten Einstieg in die Verwaltungsvorgänge erleichtern und eine kontinuierliche Arbeit der Ortsteilräte gewährleisten. Die Erstellung der Handreichung wird nicht aufwendig sein, kann jedoch neu gewählte Ortsteilräte in ihrer Arbeit unterstützen. Frau Langhammer betont, dass in vielen Ortsteilen hervorragende Arbeit geleistet wird.

Der Oberbürgermeister begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Er geht davon aus, dass eine Handreichung für Mitglieder von Ortsteilräten und für Ortsteilbürgermeister sinnvoll ist.

Herr Blumentritt äußert, dass er die Vorlage unterstützen kann, wenn sie ein Antrag zu noch größerem ehrenamtlichen Engagement in der Kommunalpolitik in Jena ist. Er weist darauf hin, dass es mit der Thüringer Kommunalordnung eine klare Richtlinie für alle Ortsteilbürgermeister und Ortsteilräte gibt. Er schlägt vor, jedem Ortsteilrat ein Exemplar der Thüringer Kommunalordnung zu überreichen. Herr Blumentritt weist zweitens darauf hin und begrüßt, dass der Oberbürgermeister zweimal jährlich zu einer Zusammenkunft mit den Ortsteilbürgermeistern einlädt. Zu diesen Treffen können Probleme auch stellvertretend für die Ortsteilräte beraten werden. Herr Blumentritt empfiehlt zusätzlich, dass in den Ortsteilsitzungen über die Aufgaben und Pflichten der Ortsteilräte informiert werden kann. Er geht davon aus, dass deshalb keine weiteren Handreichungen benötigt werden.

Herr Comouth schließt sich den Aussagen von Herrn Blumentritt an. Er bestätigt, dass die Thüringer Kommunalordnung klare Regeln enthält. Er äußert weiter, dass für die Ortsteilratsmitglieder Ansprechpartner in der Verwaltung vorhanden sind.

Herr Schieck stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Verweisung der Vorlage in den Hauptausschuss, um sich zu verständigen, was den Ortsteilen konkret zur Verfügung gestellt wird. Er weist weiter darauf hin, dass die Ortsteilräte ihre Bestellsurkunde haben. Er fragt, warum die Ortsteilräte noch eine weitere Bestätigung benötigen.

Frau Dr. Kaschuba äußert in ihrer Gegenrede, dass eine Handreichung erforderlich ist. Darin sollten die Ansprechpartner für bestimmte Probleme genannt werden. Sie sollte praktikabel sein.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Vorlage in den Hauptausschuss wird **abgelehnt**.

Die o.g. Vorlage wird mehrheitlich **bestätigt**.

**TOP 23 Beschlussvorlage Fraktion DIE LINKE. - Änderung der Richtwerte der Kosten für Unterkunft und Heizung
Vorlage: 12/1842-BV**

Dazu liegt ein Austauschdeckblatt vor.

Frau Dr. Jonscher teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. beantragt, die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft und Heizung zu erhöhen und damit das Urteil des Sozialgerichtes Altenburg umzusetzen. Sie erinnert daran, dass die Richtwerte im Oktober 2008 zum letzten Mal geändert wurden. Die Verwaltung sprach sich immer wieder gegen eine Anpassung der Richtwerte aus, weil sonst die Mieten steigen würden. Inzwischen sind die Mieten dennoch gestiegen. Das führte dazu, dass immer mehr Menschen, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII erhalten, in so genannten unangemessenem Wohnraum leben. Frau Dr. Jonscher erläutert detailliert, dass es 1.195 Haushalte in so genannten unangemessenem Wohnraum gibt. Dem stehen nur ungefähr 500 freie Wohnungen gegenüber. Entsprechend der Richtlinie der Stadt erhalten Menschen, die in so genannten unangemessenem Wohnraum leben, nur die angemessenen Kosten für die Wohnung bezahlt. Die Betroffenen haben sich bereits vor längerer Zeit dagegen gewehrt. Frau Dr. Jonscher weist darauf hin, dass jetzt ein Urteil des Sozialgerichtes

Altenburg vorliegt. Sie teilt mit, dass das Urteil die Stadt Jena verpflichtet, den Tabellenwert nach § 12 Wohngeldgesetz für die Beurteilung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung zuzüglich einer Sicherheitszulage von 10 % anzuwenden. Dann ergibt sich eine angemessene Bruttokaltmiete von 363 € für eine Person. Das Gericht begründet das Urteil mit verschiedenen Kriterien, die die Stadt nicht erfüllte. Die Stadt Jena hat jedoch Berufung gegen das Urteil eingelegt. Frau Dr. Jonscher weist darauf hin, dass das Gericht sagt, dass die Kosten anerkannt werden müssen, wenn kein Konzept vorhanden ist. Sie betont, dass die Betroffenen sehr gute Chancen im Widerspruchsverfahren haben, wenn sie sich jetzt gegen die bisherige Verfahrensweise der Stadt wehren. Auch ist zu bedenken, dass bei Anerkennung des Urteils diese Wohnungssuchenden nicht mehr auf dem Wohnungsmarkt erscheinen, sie nicht mehr nach Wohnungen suchen müssen, die nicht vorhanden sind. Frau Dr. Jonscher bittet deshalb um Zustimmung zu o.g. Vorlage.

Herr Gebhardt stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Verweisung der Vorlage in den Sozialausschuss, den Werkausschuss jenarbeit und den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen. Er teilt mit, dass er sich von den zuständigen Richtern die Urteile des Sozialgerichtes Altenburg erklären ließ. Er äußert, dass die Aussagen von Frau Dr. Jonscher nicht ganz korrekt sind. Er weist darauf hin, dass die Vorgaben des Bundessozialgerichtes die oberen Richtwerte sind, über die die Sozialgerichte in ihren Entscheidungen nicht hinaus gehen dürfen. Herr Gebhardt lehnt eine Pauschalierung ab, denn das war auch nicht die Intention der Entscheidung des Sozialgerichtes in Altenburg. Die Problematik sollte in den Ausschüssen ausführlich beraten werden. Herr Gebhardt weist darauf hin, dass die Stadt gerade einen qualifizierten Mietspiegel erarbeitet, der die Grundlage für die Bewertung der Kosten der Unterkunft und Heizung sein wird.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Vorlage in den Sozialausschuss, den Werkausschuss jenarbeit und den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wird mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Jauch äußert, dass nicht auf aufgrund der Logik des Urteils die gültigen Höchstsätze für die Stadt als Regeln erklärt werden sollten, sondern dass zu akzeptieren ist, dass wegen eines fehlenden qualifizierten Mietspiegels die Herleitung der KdU-Richtwerte nicht plausibel gemacht werden kann. Er geht davon aus, dass in wenigen Wochen neue und gerichtsfeste KdU-Richtwerte für die Stadt vorliegen werden.

TOP 24 Beschlussvorlage Fraktion DIE LINKE. - Prüfung der Tarifstruktur des VMT
Vorlage: 12/1843-BV

Dazu liegt ein Austauschblatt des Einreichers vor.

Frau Dr. Lukin trägt die Beschlusspunkte der o.g. Vorlage vor. Sie erläutert, dass, sowohl über die Einrichtung eines Kurzstreckentarifs als auch über ein Angebot 65 Plus als preiswerte Monatskarte im VMT, versucht werden soll, Möglichkeiten zu finden, im VMT noch weitere Nutzer zu gewinnen. Es sollten nicht nur über Preissteigerungen Verluste ausgeglichen, sondern die Angebote attraktiver gestaltet werden, um mehr Fahrgäste zu gewinnen. Der Prüfauftrag im Punkt 001 ist ein Schritt dazu. Frau Dr. Lukin weist darauf hin, dass es im Punkt 002, darum geht, dass die im Geltungsbereich des VMT, also in den eingemeindeten Ortsteilen und den umliegenden Gemeinden, wohnenden Studierenden das Semesterticket für die Fahrten zu ihren Studieneinrich-

tungen nutzen können. Frau Dr. Lukin spricht an, dass die Tarifstruktur erweitert und nutzerfreundlich gestaltet werden soll. Sie bittet um Zustimmung zu diesem Prüfauftrag.

Herr Schieck bestätigt, dass Prüfaufträge sinnvoll sind. Er stellt jedoch den **Geschäftsordnungsantrag** auf Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss, weil zu Beginn des kommenden Jahres der Nahverkehrsplan beraten und beschlossen wird. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Nahverkehrsplan und Tarifstruktur. Der Fachausschuss sollte die Gelegenheit erhalten, noch weitere Prüfaufträge aufzunehmen und zu präzisieren.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Vorlage in den Stadtentwicklungsausschuss wird mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Seela fragt nach, ob die Fürsorge bezüglich des Senientickets sich pauschal auf alle Senioren bezieht. Er merkt an, dass der Wunsch des Seniorenbeirates sich nicht auf ein Kurzstreckenticket bezog, sondern auf die Verstärkung der Taktung der Verkehrsmittel zu den Abendzeiten.

TOP 26 Berichtsvorlage Oberbürgermeister - Rechtsaufsichtliche Genehmigung 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 der Stadt Jena
Vorlage: 12/1829-BE

Herr Jauch teilt mit, dass die Vorlage informiert, dass die notwendige Kreditaufnahme bei KSJ rechtsaufsichtlich genehmigt wurde.

Herr Jauch gibt den Hinweis, dass im Dezember 2012 eventuell zwei Sitzungen des Stadtrates erforderlich sind, um doch noch einen Haushaltsbeschluss zu bekommen. Am 19. Dezember 2012 sollte eine zweite Sitzung zum Haushalt eingeplant werden.

Die o.g. Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

An dieser Stelle beendet die Sitzungsleiterin die Sitzung.

Die Niederschrift wurde anhand der digitalen Tonaufzeichnungen erstellt.

Sabine Hemberger
Vorsitzende des Stadtrates

Inge Vogel
Schriftführerin